



Foto: Sylvia Bentele

Polizisten verletzten eine junge Frau so schwer, dass sie im Krankenhaus behandelt werden musste, Jugendbeamte unterziehen Schülerinnen und Schüler einer Münchner Schule einer „Leibesvisitation“ wegen fünf Euro, und nicht zu vergessen die „Eskapaden“ des Rosenheimer Polizei-Chefs.

Verfolgt man derzeit die Berichterstattungen in Politik und Medien, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Bürger ständig damit rechnen müssen, grundlos von Polizisten mit roher Gewalt traktiert zu werden. Dies widerspricht völlig der Realität. Jeden Tag kommt es zu tausenden Kontakten und dabei auch durchaus zu konflikträchtigen Situationen zwischen Bürger und Polizei, die in der großen Masse aber auf verbaler Ebene geregelt werden.

Unmittelbarer Zwang ist stets das letzte Mittel, um eine polizeiliche Maßnahme durchzusetzen. Kommt es dabei zu Verletzungen des Bürgers, ist das sehr bedauerlich, aber leider oft die Konsequenz aus einer Gewaltanwendung. Dies und das wird aus unserer Sicht als Gewerkschaft der Polizei oft vergessen, eben regelmäßig vom Bürger durch unkooperatives Verhalten, Widerstand oder gar durch tätliche Angriffe auf die Polizei verursacht wurde.

Leider ist mancher Bürger in psychischen Ausnahmesituationen oder infolge Drogen- oder Alkoholgenusses nicht mehr „Herr seiner Sinne“ und damit Worten der Polizei nicht mehr zugäng-

Polizei in den Medien – der ganz normale Wahnsinn?

lich. In der Masse der Fälle ist auch nicht die Polizei von sich aus aktiv geworden, sondern von anderen Mitmenschen um Hilfe ersucht worden, weil eben der Betroffene verbalen Argumenten nicht mehr zugänglich war und oft auch schon Straftaten von ihm verübt wurden.

Es ist auch im Sinne unserer Gewerkschaft, dass ein solcher Fall aufgeklärt werden muss. Aber auch für unsere Kolleginnen und Kollegen gilt zunächst einmal die Unschuldsvermutung. Vorwürfe der Presse sind da nicht hilfreich. Nicht genug, dass zum wiederholten Male eine Aufstellung aller möglichen Fälle aus der Vergangenheit erfolgt (auch wenn diese bereits rechtlich von Gericht oder Staatsanwaltschaft mit Verfahrenseinstellung oder Freispruch geendet haben). Es kommen eine Vielzahl von unterschiedlichen Experten zu Wort, die den Zeitungslesern suggerieren, dass das Verhalten unserer Kolleginnen und Kollegen im seltensten Fall Konsequenzen hat. Ganz im Gegenteil zu den anderen Angeklagten vor Gericht. Auch eine Münchner Rechtsanwältin nahm die Fälle zum Anlass, um die Leser einer großen Münchner Tageszeitung zu informieren, welche Rechte sie im Falle von präventiven polizeilichen Maßnahmen haben.

Nachdem die über Wochen dauernde Berichterstattung in den Medien zu keinem positiven Ende kam und auch im Landtag eine rege Debatte über den Polizeieinsatz geführt wurde, gab es wohl nur eine Möglichkeit für Herrn Innenminister Herrmann: die Kommissariate für interne Ermittlungen wurden zum 1. März 2013 dem Bayerischen Landeskriminalamt unterstellt. Somit sollen unabhängige Ermittlungen garantiert werden. Dass die genannten Dienststellen hervorragende Arbeit leisteten (wie es gerne von Herrn Innenminister betont wurde), zählte jetzt nicht mehr.

Dass ein Polizeipräsident sich schützend vor seine Mitarbeiter stellt, wenn nach den ersten Ermittlungen der Fall anscheinend nicht so gelaufen ist, wie vom angeblichen Opfer dargestellt, ist aus Sicht der vielen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die ihren Dienst

ordnungsgemäß und hoch motiviert verrichten, nur zu begrüßen. Viel zu oft wird bei Vorwürfen die Beamtin oder der Beamte von seinen Vorgesetzten wie die sprichwörtliche „heiße Kartoffel“ fallengelassen und kann schauen, wie er/sie mit der Situation klarkommt. Oft ist die Gewerkschaft dann die einzige Hilfe, weil sie anstelle des Dienstherrn, der eigentlich im Rahmen seiner Fürsorge dafür zuständig wäre, im Rahmen des Rechtsschutzes einen Anwalt zur Verteidigung zur Verfügung stellt.

Die ganze Diskussion ist ohnehin vom falschen Ende geführt. Wir leben in einem Rechtsstaat. Jede getroffene Maßnahme einer Polizistin oder eines Polizisten ist auch im Nachhinein überprüfbar. Dienstaufsichtsbeschwerde oder bei konkreten Straftaten eine Strafanzeige, selbst eine Eingabe an den Landtag mit Schilderung des Falles ist möglich.

Für eine körperliche Auseinandersetzung vor Ort mit dem Polizeibeamten besteht also absolut keine Notwendigkeit. Die gesamte Gesellschaft müsste dahin kommen, dass die Anordnung eines Polizeibeamten erst einmal akzeptiert wird. Oft ist die Situation am nächsten Tag ohne Emotionen dann ohnehin geklärt. Ansonsten bleibt die Möglichkeit der rechtlichen Überprüfung.

Widerstand und infolgedessen unmittelbarer Zwang durch die Polizei sind immer die schlechteste Lösung. Denn dann sind Strafanzeige, oft mit Gegenanzeige des Bürgers, bei Verletzungen langwierige, zivilrechtliche Auseinandersetzungen mit oft ungewissem Ausgang, die Folge, weil sich manche Situation einfach nicht mehr hundertprozentig klären lässt

Wir sollten darangehen, die Ursache von Gewalt zu bekämpfen, anstatt uns immer mit den Folgen zu beschäftigen. Dann bräuchten wir über Gewalt gegen Polizeibeamte auch nicht zu diskutieren.

Unsere Kolleginnen und Kollegen sehen sich nicht gerne als Zielscheibe und würden darauf gerne bei der Durchsetzung polizeilich notwendiger Maßnahmen verzichten.

**Christiane Kern,
Landesfrauenvorsitzende**



GdP zum Gedankenaustausch bei der Landtagsfraktion der Freien Wähler



Die stellv. Landesvorsitzenden Peter Schall, Karin Peintinger und Gerhard Knorr sowie GdP-Finanzvorstand Jürgen Schneider besuchten Anfang Februar die Landtagsfraktion der Freien Wähler, um wenige Monate vor den wichtigen Wahlen im Bund und in Bayern die sicherheitspolitischen Eckpfeiler der Freien Wähler abzuklopfen. FW-Bundes- und Landesvorsitzender Hubert Aiwanger ließ in seinem Eingangsstatement weitgehende Sympathien für die Arbeit der bayerischen Polizei erkennen und bestä-

tigte die Ansicht der GdP, dass die Ausstattung und die Stellensituation der bayerischen Polizei durchaus verbesserungswürdig sei. Neben ihm nahmen an dem Gespräch Joachim Hanisch, Vorsitzender des Innenausschusses im Landtag, Peter Meyer, Vizepräsident des Bayer. Landtags, und MdL Bernhard Pohl teil.

In angenehmer Atmosphäre entstand ein kurzweiliger Gedankenaustausch, bei dem überraschend viele Gemeinsamkeiten zutage traten. So warb die GdP intensiv um Kontinuität bei der Personalentwicklung und um mehr Transparenz bei der Stellenverteilung, was die Freien Wähler rückhaltlos unterstützten. Einigkeit erzielte man auch in maßgeblichen Themen wie der Vorratsdatenspeicherung, Kennzeichnungspflicht und Bekämpfung der Modedroge Chrystal Speed sowie der rechtlichen Eingrenzung von Gewalt gegen Polizeibeamte.

Thematisiert wurde von Seiten des stellv. Landesvorsitzenden Peter Schall die Problematik um den Sachschadensersatz und die Anerkennung von Dienstunfällen. Er monierte hier die restriktive Vorgehensweise des Dienstherrn, über das betroffene Kolleginnen und Kollegen oft nur den Kopf schütteln könnten. Landtagsvizepräsident Meyer bat darum, ihm entsprechende Vorkommnisse z. B. als Petition zukommen zu lassen, damit dieses Vorgehen zum Wohle der Kollegenschaft geändert werden könne.

Die volle Zustimmung der GdP fand die Einschätzung des Innenausschussvorsitzenden Hanisch, dass die Polizei in der Flä-

che stärker präsent und erreichbar sein muss. Gerade die Landdienststellen, so stellv. LV Knorr, hätten oft starke Probleme, den Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. Dienststellen seien oft chronisch unterbesetzt, bei krankheitsbedingten Ausfällen müsste so mancher Kollege mehrmals hintereinander nachts Dienst leisten. Hanisch versprach, hier im regelmäßigen Dialog mit dem Innenministerium weitere personelle Verbesserungen zu erreichen.

Erstaunt zeigten sich die FW über die Dimension der Kritik der stellv. Landesvorsitzenden Karin Peintinger am Stellenabbau im Tarifbereich. Der Stellenanteil Tarif sei von 12,5 auf 11,5% der insgesamt knapp 40 000 Polizeibeschäftigten zurückgegangen, so Peintinger. Dies könne angesichts der Fülle an wichtigen und verantwortungsvollen Aufgaben, die sich auch im Arbeitnehmerbereich durch die Polizeireform vermehrt haben, nicht sein. Die Bezahlung ist in vielen Fällen im Vergleich mit der Privatwirtschaft auch nicht mehr konkurrenzfähig.

Zuletzt brachte GdP-Finanzvorstand Jürgen Schneider noch das Thema Ausstattung auf die Agenda: Schneider erläuterte den FW, dass die Dienstwaffe P7 ein Auslaufmodell und am Markt nicht mehr erhältlich sei, zudem treten beim Schießen inzwischen immer wieder einmal Störungen und Defekte auf. Er forderte hier die Unterstützung der FW, die bayerische Polizei zeitnah mit einer moderneren Dienstwaffe auszustatten. Einigkeit bestand, dass dieses Thema auch Priorität vor einer evtl. Umstellung der Uniform auf Blau haben muss.

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Mai 2013 ist am 9. April 2013. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Bernd Fink
Germaniastr. 39
80805 München
Telefon (01 71) 5 56 40 95
E-Mail: berndfink.muenchen@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

Dauerärgernis: Streit um Dienstunfall – GdP-Klage erfolgreich

Immer wieder gibt es Streit um die Anerkennung eines Dienstunfalls bzw. die Anerkennung von Verletzungen als Dienstunfallfolgen. Besonders ärgerlich ist dies, wenn Ursache für die Verletzung eine Widerstandshandlung ist. So erging es auch einem 37-jährigen Kollegen aus Oberfranken. Im Juni 2010 rief ein Gerichtsvollzieher um Unterstützung, nachdem die Schuldnerin zunächst nicht öffnete, griff sie im Beisein der Polizei den Gerichtsvollzieher tätlich an. Sie wurde daher

durch die Kollegen niedergedrungen und infolge andauernden Widerstands gefesselt. Dabei zog sich der Kollege eine schwere Zerrung mit Hämatom am rechten Ellenbogen zu, wobei er auch eine Teiltraktur der sog. Extensorsehne erlitt. Letztlich war er rund zwei Monate dienstunfähig und es fielen für die diversen Behandlungen Kosten in Höhe von 1550 € an. Eine Expertise des Ärztlichen Dienstes, aufgrund einer Vorverletzung vom LfF beantragt, sprach davon, dass ein eigentliches



AUS DEM LANDESBEZIRK

Unfallereignis nicht vorgelegen habe und die Verletzung infolge des Widerstands auch nicht sicher bewiesen sei, weshalb der Dienstunfall im Mai 2011 rückwirkend abgelehnt und das Geld vom Landesamt für Finanzen zurückgefordert wurde.

Aufgrund eines Widerspruchs des über die GdP eingeschalteten Dienstrechtsexperten vom DGB-Rechtsschutz erging im August 2011 ein erneut ablehnender Widerspruchsbescheid, die vom Kollegen vorgelegten privatärztlichen Befunde blieben dabei unberücksichtigt. Daher musste Klage erhoben werden – bei der mündlichen Verhandlung im April 2012 ordnete das Gericht ein fachorthopädisches Gutachten an, das letztlich 3000 € kostete und für den Kollegen mit der erlösenden Feststellung endete: **„Die Verletzungen sind dienstunfallbedingt, die Behandlung war notwendig und angemessen“**. Trotzdem weigerte sich das LfF zunächst, den Dienstunfall anzuerkennen, gab dann aber nach einem Beschluss des Verwaltungsgerichts doch seinen Widerstand auf und erklärte Ende Oktober 2012 den Rechtsstreit für erledigt, indem der Dienstunfall nun **über zwei Jahre nach dem Vorfall anerkannt** und auf die Rückzahlung verzichtet wurde. Erst jetzt ist die ganze Sache mit Erstattung der angefallenen Kosten durch den Freistaat mit 3453 € an die GdP erledigt. Bei Beauftragung eines externen Anwalts wären dazu noch dessen Kosten gekommen. Dass ein derartiges Verhalten des Dienstherrn nicht gerade zur Motivation der Kollegen/-innen beiträgt, dürfte verständlich sein, auch wenn GdP und DGB-Rechtsschutz letztlich erfolgreich waren. (PSch)

schlagen in die Zeit der digitalen Datenwelt zu bringen. Und doch – es sind zehn Jahre. Rückblickend gesehen war es eine spannende Zeit. Ich konnte mein Wissen, das ich mir bei der Erstellung der Dienstlichen Nachrichten beim PP München – der ETTSTRASSE – erworben habe, hier gut gebrauchen. Alles richtig gemacht habe ich allerdings auch nicht. Der Kontakt zu den fleißigen Helfern, denen, die mir die Beiträge zulieferten, blieb oftmals auf der Strecke. Ich hoffe, ihr seht es mir nach. Der Rückhalt im Landesbezirk, insbesondere innerhalb der Geschäftsstelle, war immer zu spüren.

Einmal im Jahr treffen sich alle Landesredakteure und tauschen sich untereinander aus. Die Bundesredaktion der Deutschen Polizei organisiert diese Konferenz. Hier erhält man Einblick in die Arbeit der Druckerei. Auch der VDP ist da und so kann man seine Probleme und auch Wünsche an den Mann bzw. die Frau bringen. Das hilft schon sehr, wenn man dann wieder daheim an seinem Rechner sitzt und die nächste Ausgabe erstellt werden will.

Seit November 2011 bin ich jetzt in Pension und da spürt man sehr schnell, dass man nicht mehr im Tagesgeschäft präsent ist. Plötzlich stellst du fest, dass die Informationen an dir vorbeilaufen. Und das ist dann der Zeitpunkt darüber nachzudenken, wer könnte denn dein Nachfolger werden. Mit Tom Bentele konnte jemand gefunden werden, der mit sehr viel Engagement an diese Aufgabe herangeht und der sich innerhalb kürzester Zeit das notwendige Wissen angeeignet hat. Durch meine Tätigkeit in der Geschäftsstelle des Landesbezirks kann ich dem Tom aber auch in Zukunft mit Rat und Tat zur Seite stehen. Zu Lernen gibt es noch genug.

... der „neue“ kommt.

Thomas Bentele, 40 Jahre, verheiratet, eine 13-jährige Tochter, stellvertretender Vorsitzender der BG München und seit diesem Jahr auch für den Bundesvorstand im Bereich Bildung tätig, freigestellter Personalrat:

„Zunächst möchte ich mich bei Bernd für die geleistete Tätigkeit in den letzten Jahren bedanken, auch dafür, dass er mich bei der Einführung ins neue Amt so tatkräftig unterstützt hat und mir auch weiterhin unter die Arme greift, wenn es nötig ist! Für seine weitere Tätigkeit in der Organisationsabteilung des Landesbezirks wünsche ich ihm viel Erfolg!

Wo will ich hin? Mein Bestreben als Landesredakteur wird es sein, das Landesjournal vielleicht noch ein kleinwenig aktueller und etwas „frischer“ zu machen. Hierzu sind wir bereits in technischer Hinsicht auf ein anspruchsvolles DTP-Programm umgestiegen. Die Aktualität ist aufgrund des sehr frühen Redaktionsschlusses, der uns vom Verlag vorgegeben wird, durchaus als problematisch anzusehen. Man benötigt manchmal fast seherische Fähigkeiten, um zu wissen, was den/die Leser/-in fast einen Monat später interessiert. Mir ist wichtig, dass wir mit unseren Beiträgen bei unseren Mitgliedern ankommen. Ich wünsche mir daher konstruktive Kritik und Zuschriften, um auch hier eine Punktlandung erzielen zu können. Das alles kann natürlich nur funktionieren, wenn wir auch zahlreiche Beiträge von unseren Funktionsträgern bekommen. „Tue Gutes und sprich darüber“, lautet hier das Motto. Ich freue mich auf diese neue, facettenreiche Tätigkeit im Landesbezirk und bedanke mich dafür, dass ich im Team so gut aufgenommen wurde!“

Wechsel in der Redaktion



Der „alte“ und der neue Landesredakteur

Der „alte“ geht ...

Wie die Zeit vergeht ... Ich habe doch gerade erst angefangen, den Bayernteil der Deutschen Polizei aus der Zeit des Abtippens der Beiträge in Spalten zu je 35 An-

Warnstreik in München



Rund 1500 Beschäftigte aus dem gesamten Freistaat Bayern versammelten sich am 5. 3. 2013 vor dem Gewerkschaftshaus und zogen zum Finanzministerium, um ihren Forderungen, wie angekündigt, auch mit Streikmaßnahmen Nachdruck zu verleihen.



2. Polizeitag der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Am 18. Februar fand im Plenarsaal des Bayer. Landtags der 2. Polizeitag der SPD-Landtagsfraktion statt. Organisator Harald Schneider, sicherheitspolitischer Sprecher der SPD und zugleich Ehreuvorsitzender der GdP Bayern, konnte sich wie schon im letzten Jahr über einen bis auf den Platz gefüllten Saal freuen. Viele Kolleginnen und Kollegen nahmen das interessante Rahmenprogramm zum Anlass, im besonderen Ambiente des Bayer. Landtags die vielen aktuellen Diskussionen der Polizei zu verfolgen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung unter dem Titel „Polizei der Zukunft – Zukunft der Polizei“ standen zukünftige Herausforderungen, die die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft für die Polizei mit sich bringen und wie die Polizeibehörden dafür gerüstet sind.

Dieses Thema beackerte vor allen Dingen GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, einer der beiden Hauptredner. Witthaut ging auf die Gefahren der Internetgesellschaft ein und warnte, die digitale Kriminalität bedrohe die innere Sicherheit immer mehr. Hierbei dürfe die Polizei der technologischen Entwicklung nicht hinterherhinken. An aktuellen Beispielen zeigte er, dass Experten auf diesem Gebiet in der Polizei fehlten. Für diese Spezialisten müsse der Staat auch mal mehr Geld investieren,

um mit den Verbrechen im Netz überhaupt auf Augenhöhe begegnen zu können. Es müssten den IT-Experten eben auch entsprechende Anreize gesetzt werden, um den lukrativen Angeboten aus der freien Wirtschaft widerstehen zu können. Ein weiterer Kritikpunkt, den Witthaut anbrachte, war, dass viele Wirtschaftsunternehmen etwaige Cyberkriminalität gar nicht mehr bei den Polizeibehörden zur Anzeige brächten, sondern private Sicherheitsfirmen mit der Verfolgung von Verbrechen im Netz betrauten. Die Polizei müsse mit Technik, Ausbildung und personeller Ausstattung besser auf die Herausforderungen im Netz vorbereitet werden. Dazu passe es eben auch nicht, dass immer noch mehr als drei Viertel aller Polizeirechner ohne Internetzugang seien, so Witthaut.

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger, behandelte in seinem Vortrag die allgemeinen Herausforderungen für die Polizei in der Zukunft. Er erwähnte die immense Bedeutung von möglichst hohen Einstellungszahlen, ohne die schlichtweg keine erfolgreiche Polizeiarbeit möglich sei. Er ermahnte das noch nicht weit genug gediehene Gesundheitsmanagement in vielen Bundesländern und forderte, noch mehr für die Frauen in der Polizei zu tun. Jäger ging in seinem kurzweiligen Einblick in die Poli-

zeiarbeit von NRW auf viele aktuelle Fragen ein, darunter die wieder aktuell diskutierte 0,0-Promille-Grenze bei Autofahrern, die viel zu hohe Anzahl an Rastern und die Vorratsdatenspeicherung, die von der FDP immer noch blockiert werde.

In ihren Grußworten zeigten die beiden Gastgeber Harald Schneider und der Spitzenkandidat der bayerischen SPD, Christian Ude, einige aktuelle Kritikpunkte an der Beamten- und Sicherheitspolitik der Bayerischen Staatsregierung auf. Der Evaluierungsbericht über die Polizeireform hätte zuletzt noch drängende Baustellen in der Polizei offenbart. Ude bemängelte u. a. den Personalmangel, der besonders bei Großereignissen, wie sie in München häufig vorkämen, deutliche Spuren bei den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen hinterließen. Ude und Schneider versprachen für den Fall eines Wahlsiegs u. a. eine merkliche Anhebung der Ballungsraumzulage. Auch beim dienstlichen Rechtsschutz und der Dienstunfallversicherung wären dringend noch Verbesserungen notwendig.

Die abschließende, rege Diskussion bewies, dass diese Veranstaltung in den Augen vieler Kolleginnen und Kollegen ein wertvoller Beitrag für die polizeiliche Arbeit ist und auch in 2014 gerne wiederholt werden darf.

Bezirksgruppe Schwaben Süd/West beim Polizeitag

Auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion fuhren 62 Kolleginnen und Kollegen aus dem Schutzbereich des PP Schwaben Süd/West nach München. Wie bereits im Vorjahr organisierte die Bezirksgruppe die Busfahrt.

Die Teilnehmer konnten für diese politische Bildungsveranstaltung Dienstbefreiung beantragen.

Die durchwegs interessanten Themen regten unsere Kolleginnen und Kollegen noch zu lebhaften Diskussionen auf der Heimfahrt an. Ein gelungener Tag, so unser Resümee!

Werner Blaha, BG-Vorsitzender



Die schwäbische Delegation vor dem Bayerischen Landtag.



AUS DEN BEZIRKEN

Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei im Fortbildungsinstitut der Bereitschaftspolizei



Institutsleiter LPD Holzner stellt den Sportmaster vor.

Am 21. Januar 2013 fand im Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei in Ainring der traditionelle Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei statt. Der Kreisgruppenvorsitzende Otto Adams konnte zahlreiche Gäste begrüßen.

In seinen einführenden Worten stellte Adams die sehr gute Zusammenarbeit mit der Politik und den umliegenden Polizeibehörden und Gewerkschaftsverbänden der GdP heraus. Auch aus diesem Grund ist es uns ein Anliegen, das neue Jahr mit einem Empfang zu beginnen, bei dem in lockerer Atmosphäre über die Vorhaben des neuen Jahres diskutiert werden kann. Otto Adams hob die Bedeutung des Digitalfunks für die „Blaulichtorganisationen“ heraus. Am BPFi ist die zentrale Schulung für die Digitalfunkgeräte beheimatet. Intensivere Öffentlichkeitsarbeit muss den Bürgern die hohe Bedeutung des Digitalfunks für die Arbeit der Polizei, der Rettungs- und Hilfsdienste näherbringen. Anschließend ging Adams auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen ein, der für die Beamten in Bayern zeitgleich übernommen werden soll. Die Opfer der letzten Jahre wurden schweren Herzens akzeptiert, jedoch verbunden mit der Hoffnung auf einen Ausgleich in den anstehenden Gehaltsverhandlungen. Die gestiegene Bedeutung der Fortbildung wird durch immer mehr Fortbildungsbedarf und immer höher werdende Meldungen für Seminarplätze deutlich erkennbar. Zusätzliches Personal in der Lehre und im Servicebereich ist auf absehbare Zeit unumgänglich. Hier sollte der Weg kontinuierlich weitergegangen werden, denn das Fortbildungsinstitut und die Außenstelle

Herzogau sind auch wie ein Beherbergungsbetrieb zu sehen, bei dem die Sauberkeit mit ausschlaggebend ist für das Wohlfühlgefühl und eine gute Atmosphäre und damit zu mehr Lernerfolg. Um Unterstützung der Politik warb er auch für die in Ainring geplanten Ausbaumaßnahmen für zusätzliche Seminarräume und eine neue Mehrfachturnhalle mit einem Zentrum für Polizeiliches Einstraining.

Rudolf Schaupp sprach in Vertretung des Landrats Grabner der „großen Familie Polizei“ höchstes Lob aus. Die Zusammenarbeit bezeichnete er als außerordentlich gut. Auch der Landkreis schätzt das BPFi Ainring sehr und unterstützt die Aktivitäten der Dienststelle nach Kräften. Schaupp bedankt sich stellvertretend für die kommunale Verwaltung und wünscht insbesondere der Kreisgruppe der GdP BPFi Ainring „Alles Gute und Glück auf“.

Johann-Peter Holzner überbrachte der Gewerkschaft die guten Wünsche des Fortbildungsinstitutes, er blickte auf die Arbeitsbereiche des BPFi und deren Umfang an Ausbildungen und Veranstaltungen. Über 800 Seminare zeugen vom großen Bedarf, der damit bei Weitem noch nicht befriedigt werden konnte. Das Deutsche Polizeisportkuratorium wurde turnusgemäß nach zwei Jahren harter Arbeit an Sachsen weitergegeben. Als besondere Herausforderung sah Herr Holzner die Ausbildung der 2012 neu eingestellten Spitzensportler. Mit dem Bereich Wintersport in der Spitzensportförderung der bayerischen Polizei hat das BPFi eine verantwortungsvolle Aufgabe übernommen und damit in der bayerischen Polizei Neuland betreten. „Es wird viele Anstrengungen erfordern, aber wir werden es hervorragend meistern“, war sich der Institutsleiter sicher. Er verteilte an die Gäste die Sport Master des Polizeisportkuratoriums.

Der GdP-Bezirksvorsitzende Clemens Murr betonte in seinem Grußwort, dass das BPFi als Teil der Bereitschaftspolizei überregionale Bedeutung hat. Die Spitzensportförderung in Dachau und Ainring ist eine herausgehobene Aufgabe. Damit richten sich viele Augen auf diese Dienststellen. Die Bedeutung wirkt weit über die Polizei hinaus, wie das beim Fortbildungsinstitut auch bereits in der internationalen Fortbildung ist. Die Poli-

zei in Bayern macht hervorragende Arbeit, wie immer wieder attestiert wird, dafür fordern wir auch einen fairen Umgang mit der Polizei ein. Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei können sich seiner Einschätzung nach der Unterstützung der politischen Entscheidungsträger und erst recht der Gewerkschaften sicher sein. Murr bot der Politik weiterhin eine gute, sachliche und konstruktive Zusammenarbeit an, die er bisher gerne und häufig in Anspruch nahm.



BG-Vorsitzender Clemens Murr

NACHRUFE

Wir trauern um unsere Mitglieder

Christlbauer, Johannes, 55 Jahre
KG Passau

Schmid, Gerhard, 82 Jahre
KG München-West

Albert, Eustachius, 79 Jahre
KG Coburg

Kleinschnitz, Harald, 72 Jahre
KG Nürnberg

Schlirf, Bruno, 90 Jahre
KG Nürnberg

Roggenhofer, Anton, 95 Jahre
KG Amberg

Peschke, Peter, 68 Jahre
KG Regensburg

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Hof mit Neuwahl des Kassiers



Zur diesjährigen Jahreshauptversammlung konnte der 1. Vorsitzende Rainer Besenreuther zahlreiche Mitglieder und Gäste der benachbarten Kreisgruppe Marktredwitz-Selb-Wunsiedel sowie des Landesbezirks und vom DGB Oberfranken Ost begrüßen.

Im Gesamttrückblick ging Rainer Besenreuther insbesondere auf die Haupt-

veranstaltung der KG Hof, den Bürger- und Polizeiball ein.

In seinen Ausführungen prangerte er aber auch die Diskrepanz zwischen der Personalnot der hochfränkischen Dienststellen und der angeblich geringen Anzahl von Fehlstellen in Oberfranken an. In einer Landtagsanfrage bezifferte das Innenministerium die Anzahl der oberfränkischen Fehlstellen auf „1“, während eigene Recherchen alleine im Bereich der Polizeidienststellen in Hochfranken eine Summe von ca. 50 fehlenden Beamten ergab.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Gerhard Knorr freute sich, so viele bekannte Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich der ehemaligen Grenzpolizei zu sehen, da er als Bezirksvorsitzender der Oberpfalz auch die vormalige GPI Selb betreute. Er referierte über aktuelle Themen aus dem Hauptpersonalrat und der Gewerkschaftsarbeit. Hin-

sichtlich der von Rainer Besenreuther angesprochenen Personalnot bestätigt er, dass dieses Problem in Bayern flächendeckend vorherrscht.

Einen großen Part nahm der Vortrag des eingeladenen Notars Haßelbeck ein, der über die Möglichkeiten und Grenzen von Patienten- und Betreuungsverfügungen, Vorsorgevollmachten und deren Abgrenzungen zueinander referierte.

Altersbedingt stellte der langjährige Kassier Gerhard Oppel sein Amt zur Verfügung.

Nach erfolgter Entlastung wurde Tamara Renner als Nachfolgerin von Koll. Oppel gewählt.

Im Anschluss an die Referate wurden langjährige Gewerkschaftsmitglieder geehrt und es entwickelten sich zahlreiche Gespräche

*Marcus Parczanny,
Schriftführer*

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

www.polizeifeste.de
Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick

25. Festabend für Polizei und Bürger

„Polizei–Dein Partner“

Andorras

Tanz- und Showband

Magical Moments

Zauber-Show und Illusionen

Tanzschule Streng

Show-Tanzgruppe

Tombola

mit Conférencier Jürgen Kristen

Attraktive Preise

27. April 2013

20.00 Uhr

Einlass 19.00 Uhr

Paul-Metz-Halle Zirndorf

EINTRITTSPREIS: 12,00 €

KARTENVORVERKAUF:
PI Fürth, Dienstgebäude
Kapellenstraße 10, 90762 Fürth
Wolfgang Vogt
Telefon 09 11 / 7 59 05 - 225 oder 01 72 / 8 58 38 59

VERANSTALTER:
Gewerkschaft der Polizei

Fortbildung bei der KG Cham – Manipulation an Kraftfahrzeugen

Rechtzeitig zum Start der neuen Motorrad- und Tuning-Saison organisierte die KG Cham am 4. März 2013 eine Fortbildung für alle Kolleginnen und Kollegen im Landkreis. Immer mehr manipulierte und getunte Fahrzeuge sind auf unseren Straßen unterwegs. Anhand von Praxisbeispielen referierte unser Kollege und GdP-Mitglied Thomas Bauer von der VPI Nürnberg in seinem fünfständigen Unterricht äußerst kurzweilig über Manipulationen an Kraftfahrzeugen. Knapp 40 Kolleginnen und Kollegen konnten sich in dieser Fortbildung von der Wichtigkeit dieser Thematik überzeugen. Abgrenzung zwischen Erlöschen der Betriebserlaubnis und nicht vorschriftsmäßig ausgerüsteten Kraftfahrzeugen galt es zu erkennen.

Ein großer Dank der KG Cham richtet sich an Thomas Bauer für die Durchführung des Unterrichts, Werner Freimuth von der KG Cham für die Organisation und natürlich dem Dienststellenleiter der PI Cham, Alfons Windmaier, für die Zurverfügungstellung des Unterrichtsraumes.

Harald Kozuch, Vorsitzender KG Cham

TERMINHINWEIS

Mitgliederversammlung der KG Schweinfurt mit Neuwahl

Dienstag, 9. 4. 2013

Gaststätte „Sul Meno“, Im 1. Wehr 5, Schweinfurt



WIR VERSUCHEN, NOCH WEITER VORAUSS ZU SCHAUEN ...



Ab 2013 fördert der Staat eine private Pflegezusatzversicherung nach Tarif PflegeBAHR mit 60 Euro im Jahr. Nutzt die günstige Gelegenheit und sichert Euch die Förderung. Beantragt noch heute Euren persönlichen Beratungstermin! Den Coupon ausfüllen, ausschneiden und dann per Fax, Mail oder Post an Herrn Walter Makula.

Walter Makula

Direktionsbevollmächtigter Öffentlicher Dienst

Landesdirektion Süd · Sonnenstraße 23 · 80331 München

Telefon 0 89 – 55 14 42 79 · Fax 0 89 – 55 14 42 51

Mobil 01 71 – 6 55 12 67 · walter.makula@signal-iduna.de



Polzeiversicherung

www.gdp-service-gmbh.de

Beratungscoupon

Ich interessiere mich für ein Angebot der **SIGNAL IDUNA / PVAG** zum PflegeBAHR und bin damit einverstanden, dass Sie mich zwecks Angebots-erstellung kontaktieren: Telefon E-Mail Persönlicher Besuch

Ich bin bereits bei der SIGNAL IDUNA versichert.

Bitte nur Druckbuchstaben verwenden! Ausschneiden und faxen, einscannen und mailen oder per Post versenden.

Name, Geburtsdatum

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon, E-Mail

Datum, Unterschrift

